

Kerski, Basil

Working Paper

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

WZB Discussion Paper, No. P 99-301

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kerski, Basil (1999) : Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990, WZB Discussion Paper, No. P 99-301, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/49830>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P 99 - 301

**Die Rolle nichtstaatlicher Akteure
in den deutsch-polnischen Beziehungen
vor 1990**

**von
Basil Kerski**

Januar 1999

Arbeitsgruppe: Internationale Politik

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 564

Fax: (030) 25 491 561

e-mail: eberwein@medea.wz-berlin.de

Internet: <http://www.wz-berlin.de>

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

D - 10785 Berlin

Reichpietschufer 50

Zusammenfassung

Die deutsch-polnischen Beziehungen unterscheiden sich zu denen zwischen Deutschland und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas durch die vergleichsweise dichten nichtstaatlichen Kontakte vor 1990. Die zügige Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks sind zum Teil damit zu erklären, daß lange vor der Wende die Neugestaltung dieses bilateralen Verhältnisses konzeptionell vorweggenommen worden ist. An diesem Prozeß waren auf polnischer und deutscher Seite maßgeblich nichtstaatliche Akteure beteiligt, die außerhalb der offiziellen Ebene ein Kontaktnetz zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik, zum Teil aber auch zwischen Warschau und Ost-Berlin aufgebaut hatten. Die vorliegende Arbeit analysiert die Bedeutung des kirchlichen Kontaktnetzes, der demokratischen Opposition in Polen und der DDR sowie der polnischen Emigration für den Prozeß der Entstehung dieser "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft". Besonders für die polnische Seite dieses nichtstaatlichen Dialogs gilt, daß ihre Akteure während des Systemwechsels eine tragende politische Rolle gespielt haben. Im abschließenden Kapitel wird die These aufgestellt, daß sich bereits vor dem Zusammenbruch der autoritären Systeme in Mittel- und Osteuropa Ansätze einer "Vergesellschaftung" der deutsch-polnischen Beziehungen herausgebildet haben.

Abstract

German-Polish relations differ from those between Germany and other states from Central and Eastern Europe in that comparatively intensive contacts among nongovernmental actors existed before 1990. The relatively quick normalisation of the bilateral relationship shortly after the breakdown of the Soviet block can at least in part be explained by the fact that its conceptual foundations had been established long before. Involved in this process have been nongovernmental actors on both sides through their interactions outside the official channels between Germany and Poland, respectively East Berlin and Warsaw. This article analyses the importance of the contacts between the churches, the democratic opposition in Poland and East Germany as well as the role of Polish emigration for the emergence of a German Polish community of interests. In Poland, in particular, the participants in this unofficial dialogue played a major role before and during the transition process. In the final chapter the proposition is elaborated that the German-Polish transnational relations (Vergesellschaftung der Außenpolitik) came into existence long before the breakdown of the authoritarian political systems in Central and Eastern Europe.

Gliederung

1. Die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ vor 1990.....	1
2. Das kirchliche Kontaktnetz	6
2.1. Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe und die Denkschrift der EKD.....	6
2.2. Die polnischen Klubs der katholischen Intelligenz (KIK)	9
2.3. Der Bensberger Kreis	13
2.4. Aktion Sühnezeichen, Polenseminare und das Anna-Morawska- Seminar	16
3. Die demokratische Opposition in Polen und in der DDR	19
3.1. Die deutschlandpolitische Diskussion in der polnischen demokratischen Opposition seit den siebziger Jahren	19
3.2. Das Verhältnis der demokratischen Opposition in der DDR zu Polen...	23
4. Die polnische Emigration - Der Beitrag der Pariser <i>Kultura</i>	25
5. Ausblick.....	29
6. Literatur	33

1. Die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ vor 1990

Auf dem VI. Deutsch-Polnischen Forum am 22. Februar 1990 stellte der damalige polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski seine Konzeption der Deutschland-Politik vor, die neben der Vorstellung von der Teilnahme Deutschlands und Polens am Aufbau eines einheitlichen Europas, der Absage an die Neutralität des deutschen Nachbarn auch die Idee einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft beinhaltet (Ludwig, 1990: 206ff). Für die meisten Polen und Deutsche sind die in der Rede Skubiszewskis vorgestellten Grundpfeiler der bilateralen Beziehungen heute selbstverständlich. Die Beschwörung „der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ fand Eingang in die polnische und deutsche Publizistik und ist inzwischen fester Bestandteil fast jeder Rede oder Erklärung zum deutsch-polnischen Verhältnis.

Skubiszewskis Thesen konnten jedoch zum Zeitpunkt ihrer Vorstellung nicht mit der Sympathie aller Polen rechnen, denn die deutsch-polnischen Beziehungen wurden gerade 1990 während der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen auf eine Probe gestellt.¹ Es sei hier nur daran erinnert, wie mühevoll die vertragliche Regelung der Grenzfrage zustande gekommen ist (Hajnicz, 1995: 69-95; Bingen, 1998: 261-284). Die zögerliche Haltung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit zu Beginn der Zwei-Plus-Vier-Gespräche über die internationalen Aspekte der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat zunächst Irritationen selbst bei den polnischen Anhängern einer engen bilateralen Zusammenarbeit ausgelöst (Pszon, 1994: 58-66). Auch sei hier kurz angesprochen, daß trotz des seit den siebziger Jahren vollzogenen Normalisierungsprozesses zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik das gegenseitige Mißtrauen noch nicht ganz verschwunden war. Wichtige Elemente der Deutsch-

¹ Zwischen dem Mauerfall und der Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages kam es zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Warschau über die endgültige Regelung der Grenzfrage. Bundeskanzler Kohl versuchte den unvermeidlichen endgültigen Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete in einem Grenzvertrag mit Polen in die Zeit nach der Vereinigung der deutschen Staaten hinauszuschieben. Als Reaktion auf die Bonner Verzögerungstaktik forderte Warschau die Beteiligung Polens an den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen sowie die vertragliche Regelung der Grenzfrage vor der deutschen Vereinigung. Die zögerliche Haltung Bonns zur Grenzfrage führte 1990 zur Änderung der Deutschlandpolitik der Mazowiecki-Regierung. Um die eigenen Interessen durchzusetzen, versuchte Warschau ab Februar 1990 den deutschen Vereinigungsprozeß zu verlangsamen, zu kontrollieren und zu internationalisieren: „Die Deutschlandpolitik dieser Phase war demzufolge von einem neuen Verständnis der deutschen Frage geprägt. Die Einheit der Deutschen wurde nicht mehr als Chance für Polens Souveränitätsbestrebungen und seine Integration in westliche Zusammenhänge, sondern als Gefahr betrachtet.“ (Ludwig, 1990: 134)

landpolitik der *PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)* behielten trotz des beginnenden Systemwechsels weiterhin ihre politische Attraktivität. Charakteristisch für diese Politik waren vor allem das Festhalten an der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Polen und Europa, die ideologisch begründete Freundschaft zur DDR sowie die mangelnde Bereitschaft zu sachlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Autoren der neuen polnischen Deutschlandpolitik und somit auch des Begriffs der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft sind deswegen nicht zufällig unter nichtstaatlichen Akteuren zu finden. Die zügige vertragliche Ausgestaltung sowie Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990 sind zum Teil damit zu erklären, daß lange vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime die inhaltliche Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen vollzogen wurde. An diesem Prozeß waren auf polnischer und deutscher Seite maßgeblich nichtstaatliche Akteure beteiligt, die außerhalb der offiziellen Ebene ein Kontaktnetz zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik aber zum Teil auch zwischen Warschau und Ost-Berlin aufgebaut hatten.

In der vorliegenden Arbeit werden für die Annäherung der polnischen und deutschen politischen Eliten bedeutende nichtstaatliche Akteure vorgestellt, die diesen Prozeß lange vor dem Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa vorangetrieben haben. Die Bedeutung dieser Akteure besteht darin, daß sie einen wichtigen konzeptionellen Beitrag zur Neugestaltung der bilateralen Beziehungen geleistet haben. Sie bildeten die zentralen Elemente eines weitverzweigten nichtstaatliches Netzes, eine Lobby für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Besonders für die polnische Seite dieses nichtstaatlichen Dialogs gilt, daß ihre Akteure während des Systemwechsels eine tragende politische Rolle gespielt haben (Fehr, 1998: 10-20)

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die Rolle des kirchlichen Kontaktnetzes, der demokratischen Opposition in Polen und in der DDR sowie auf die polnische Emigration - hier vor allem auf die Zeitschrift *Kultura* - bei der Herausbildung einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“. Unter dem Schutz der katholischen Kirche konnte sich nach Krieg eine demokratisch und liberal gesinnte Laienbewegung in Polen entwickeln, der nach dem Tauwetter von 1956 eine wichtige Rolle in der antikommunistischen Opposition zukommen sollte. Zu den herausragenden Akteuren der Laienbewegung gehörten der spätere polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki sowie der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels und spätere Außenminister Wladyslaw Bartoszewski. Aktive Unterstützung und Schutz

fanden die Laiengruppen bei Vertretern des Episkopats, wie z.B. beim Krakauer Bischof Karol Wojtyła. Über die Union der Ökumene pflegten die katholische Kirche Polens und ihre Laiengruppen Kontakte nicht nur zur katholischen sondern auch zur evangelischen Kirche in den beiden deutschen Staaten. Wichtige Partner der polnischen katholischen Laiengruppen, die sich nach 1956 offiziell als *Klubs der katholischen Intelligenz (KIK)* organisierten, waren in der Bundesrepublik der *Bensberger Kreis*, eine Gruppe liberaler katholischer Intellektueller. In der DDR war es vor allem die in den sechziger Jahren von Lothar Kreyszig und Martin Niemöller gegründete *Aktion Sühnezeichen*, eine in beiden deutschen Staaten tätige Initiative. Einige junge Aktivisten der *Aktion Sühnezeichen* spielten in den siebziger und achtziger Jahren eine wichtige Rolle in der demokratischen Opposition der DDR. Sie beschränken ihre Kontakte nicht nur auf die *KIKs*, sondern standen auch dem u.a. von Jacek Kuron und Adam Michnik 1976 initiierten *Komitee zur Verteidigung von Arbeitern (KOR)* nahe. Die Mitglieder des *KOR* spielten gemeinsam mit Vertretern des *KIKs* als Berater eine wichtige Rolle bei der Gründung der freien Gewerkschaft *Solidarnosc*.

Mit dem *Tauwetter* 1956 sicherte das kommunistische Regime um den Generalsekretär Gomulka einer kleinen Gruppe von katholischen Laien, der sogenannten *Znak*-Gruppe, fünf Sitze im polnischen Parlament, dem Sejm, zu. Diese von Stanislaw Stomma geleitete Gruppe war bis 1976 im Sejm vertreten. Sie konnte seit den sechziger Jahren, also noch vor dem Beginn Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik, offizielle Kontakte zu allen im Bundestag vertretenen Parteien pflegen. Spätestens mit der Auflösung der *Znak*-Gruppe 1976 kam es zur endgültigen systematischen Zusammenarbeit zwischen katholischen Intellektuellen und jüngeren, linken aber antikommunistischen Oppositionellen (Raina, 1978: 406-412). Das sich seit 1976 entwickelnde breite antikommunistische Bündnis versuchte, in allen Politikbereichen alternative Konzeptionen zum Realsozialismus zu entwickeln. Im Vordergrund standen natürlich demokratietheoretische Überlegungen sowie ökonomische und sozialpolitische Fragen. Jedoch wurde auch Möglichkeiten einer Neugestaltung der polnischen Europa- und Deutschlandpolitik erörtert. Diese konzeptionelle Entwicklung einer neuen Deutschlandpolitik unter antikommunistischen Oppositionellen in den siebziger und achtziger Jahren wird im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit dargestellt.

Auf polnischer Seite darf der Beitrag der Emigration zur Neuentwicklung des außenpolitischen Denkens nicht vernachlässigt werden. Maßgebliche Überlegungen über die Zukunft der polnischen Staatlichkeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und über das Verhältnis zu Deutschland entwickelte die seit 1947 im Paris erscheinende polnische Exilzeitschrift *Kultura*. Die von Jerzy Giedroyc, einem Presseoffizier der Exilarmee und früheren Regie-

rungsbeamten, herausgebene Monatszeitschrift konnte zwar keine wichtigen politischen Kontakte nach Deutschland knüpfen arbeitete aber seit 1956 besonders eng mit Vertretern der *KIKs*. Einige von ihnen publizierten unter Pseudonym in der *Kultura*. Auch nichtkatholische Dissidenten zählten zu den Lesern und Autoren der legendären Pariser Exilzeitschrift. Der „politische Realismus“ der *Kultura* hatte einen wesentlichen Einfluß auf das außenpolitische Denken der demokratischen Opposition in Polen.

Die Überlegungen dieser spätestens seit 1976 eng zusammenarbeitenden drei wichtigsten antikommunistischen Milieus (*KIKs* - nichtkatholische Oppositionelle - liberale Emigration) flossen nach der politischen Wende an der Weichsel in das Konzept einer neuen polnischen Außenpolitik der Mazowiecki-Regierung ein und wurden zu Beginn des polnischen Systemwechsels 1989/1990 auch von Staatspräsident Wojciech Jaruzelski und anderen Vertretern der *PVAP*, von deren Unterstützung das Schicksal des polnischen Demokratisierungsprozesses abhing, akzeptiert.²

Folgende wichtige Elemente sind in den deutschlandpolitischen Konzepten der in dieser Arbeit behandelten nichtstaatlichen polnischen Akteure zu finden:

- Die gemeinsame Geschichte sollte sachlich aufgearbeitet werden. Auf polnischer Seite begann eine Diskussion über die eigene Schuld an der Vertreibung der Deutschen
- Die Vereinigung Deutschlands wurde als Voraussetzung für den Rückzug der Sowjetunion aus Mitteleuropa und somit für die Rückgewinnung der Souveränität des polnischen Staates angesehen.
- Von einem vereinigten Deutschland wurde die Unantastbarkeit der polnischen West-Grenze gefordert beziehungsweise die dazu nötige vertragliche Absicherung. Ein souveräner polnischer Staat wiederum sollte keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Nachbarn erheben.
- Ein vereinigtes Deutschland sollte bündnispolitisch nicht neutral sein und in die westlichen Strukturen (NATO, EG) integriert werden. Die Westintegration Deutschlands

² Es darf nicht vergessen werden, daß die personellen Veränderungen im Regierungsapparat zu Beginn des Systemwechsels sehr langsam abliefen. Die neuen Konzepte des Außenministeriums, das vom *KIK*-Mitglied Skubiszewski geleitet wurde, wurden teilweise von alten Kadern mitverfaßt beziehungsweise auch mitgetragen. Auch Vertreter des kommunistischen Regimes waren an einer qualitativen Veränderung der deutsch-polnischen Beziehungen interessiert. (Hajnicz, 1995: 25-41). Ein gutes Beispiel ist der Diplomat im Dienste der Volksrepublik Polen Jerzy Sulek, der nach der Wende als Delegationsleiter an der Ausarbeitung des Nachbarschaftsvertrages maßgeblich beteiligt war.

sollte Polen die Möglichkeit für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Westintegration eröffnen.

- Deutsche und Polen sollten sich gemeinsam sich für die weitere Integration Europas einsetzen.

Wenn man den konzeptionellen Beitrag zur Neugestaltung der bilateralen Beziehungen zu Grunde legt, so ist klar, daß in Folge dieses Kriteriums zahlreiche, besonders in den achtziger Jahren intensiv entwickelte Initiativen des kulturellen und karitativen Bereichs aus der engeren Auswahl der Akteure herausfallen. Dies gilt für die seit den siebziger Jahren in der Bundesrepublik entstandenen zahlreichen regionalen deutsch-polnischen Gesellschaften, die sehr vorsichtig bei der Auseinandersetzung mit politischen Fragen waren und in den achtziger Jahren den Kontakt zur antikommunistischen Opposition in Polen und außerhalb Polens scheuten. Natürlich lassen sie sich aus der in dieser Arbeit dargestellten Lobby nicht ganz ausschließen. So lassen sich zwischen den deutsch-polnischen Gesellschaften und den in dieser Arbeit vorgestellten Initiativen vielfach personelle Überschneidungen feststellen. Auch muß berücksichtigt werden, daß die vielfältigen kulturellen und karitativen Initiativen der deutsch-polnischen Gesellschaften wesentlich Anteil zur Verbesserung der Wahrnehmung von Deutschen in Polen hatten und damit eine Grundlage für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen nach der Wende gelegt haben.

Dieses gilt auch für den Bereich der wissenschaftlichen und universitären Kontakte, besonders für die 1995 mit dem Deutsch-Polnischen Preis ausgezeichnete *Gemeinschaft zur Förderung von Studienaufenthalten polnischer Studierender in Deutschland (GFPS)*. Die *GFPS* ist eine 1984 entstandene private Initiative, die ohne programmatisch formulierte politische Ambitionen polnischen Jugendlichen kurze Studienaufenthalte in der Bundesrepublik ermöglicht ha. Von Anfang an war die *GFPS* daran interessiert, den Kontakt zwischen ehemaligen Stipendiaten nicht abreißen zu lassen. Dieses wurde in Form von regelmäßig stattfindenden Foren und Seminaren realisiert, die sich unter anderem mit wichtigen Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetzten. Auf dieses Netz der persönlichen Kontakte konnten zum Teil sogar bundesdeutsche Parteien in den achtziger Jahren zurückgreifen.³

³ Die *Grünen*-Bundestagsfraktion hat in den achtziger Jahren konnte über die *GFPS* Kontakte zur antikommunistischen Opposition sowie zu katholischen Intellektuellen knüpfen (Gespräch des Autors mit Dr. Elisabeth Weber, wissenschaftliche Mitarbeiterin der *Bündnis90-Die Grünen*-Bundestagsfraktion, am 17. September 1998). Dieses ist recht bemerkenswert, denn der *GFPS*-Gründer Georg Ziegler ist seit den achtziger Jahren CDU-Mitglied. Ziegler verfügte über sehr gute Kontakte zur katholischen Kirche und zu katholischen Laien in Polen. Von diesen Kontakte konnten auch westdeutsche Katholiken sowie die CDU profitieren. Nach 1989 war Ziegler in der deutschen Botschaft in Warschau tätig.

Zahlreiche deutsche Gründungsmitglieder der *GFPS* und ehemalige polnische Stipendiaten, die weiterhin in Verbindung miteinander stehen, sind heute wichtige Akteure der deutsch-polnischen Beziehungen.⁴

2. Das kirchliche Kontaktnetz

2.1. Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe und die Denkschrift der EKD

Der Briefwechsel zwischen den polnischen (18. November 1965) und den deutschen katholischen Bischöfen (5. Dezember 1965)⁵ zählt zu den Meilensteinen in der deutsch-polnischen Annäherung. Er kann auch als Initialzündung für den langen und immer noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Vergangenheitsbewältigung betrachtet werden. Der Briefwechsel fällt in die Zeit der Vorbereitungen zur Jahrtausendfeier des polnischen Staates (1966), die vom Gomulka-Regime zu einer großangelegten Propagandakampagne genutzt wurden. Ein Grundelement dieser Kampagne war die Aktivierung des „antideutschen Komplexes der Polen“. Mit dem Machtwechsel 1956 und der Wahl Gomulkas zum I. Sekretär der PVAP verbanden viele Polen die Hoffnung auf die Abrechnung mit dem Stalinismus und Liberalisierung, kurzum auf einen „polnischen Weg des Sozialismus“. Die katholische Kirche und Teile der kommunistuskritischen Intelligenz schenkten dem nationalgesinnten und Moskau gegenüber kritischen Gomulka ihr Vertrauen. Zunächst schienen die Hoffnungen nicht enttäuscht zu werden. So kam es zur Lockerung der Zensur, der Rücknahme der Kollektivierung der Landwirtschaft sowie der Erweiterung des Spielraums der katholischen Kirche. Doch bereits zu Beginn der sechziger Jahre zeigte sich aber, daß Gomulka zu keinen weiteren grundsätzlichen Reformen weder im politischen noch auch im wirtschaftlichen Bereich bereit war, und daß er die Satellitenrolle Polens im sowjetisch dominierten Ostblock akzeptierte. Mit nationalistischen Parolen, vor allem mit dem ohnehin weit verbreiteten Mißtrauen gegenüber Deutschland wollte - und konnte - Gomulka die Polen zusammenschweißen (Krzeminski, 1993: 140f). Die

⁴ So ist zum Beispiel der ehemalige *GFPS*-Stipendiat Jerzy Marganski heute als Gesandter Leiter der Außenstelle der polnischen Botschaft in Berlin. Auf deutscher Seite sind heute unter deutschen Journalisten zahlreiche *GFPS*-Mitglieder zu finden, so unter anderem der *Tagesspiegel*-Redakteur Christoph von Marschall oder die *TAZ*-Korrespondentin in Warschau Gabriele Lesser.

⁵ Es sei daran erinnert, daß auch katholische Bischöfe aus der DDR an diesem Brief beteiligt waren. Die Kontakte der polnischen Bischöfe beschränkten sich nicht auf die Bundesrepublik.

beharrliche Weigerung der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, gab Gomulka die Möglichkeit, die antideutschen Ressentiments unter den Polen zu verstärken.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) war für die polnischen katholischen Bischöfe die erste Gelegenheit nach dem Krieg, mit ihren deutschen Amtsbrüdern in zusammenzuarbeiten. Im Geiste des Konzils entstand die Idee, die Bischöfe der Welt zur Jahrtausendfeier der Christianisierung und damit Staatsgründung Polens an die Weichsel einzuladen. Mit der Redaktion eines gesonderten Briefs an die deutschen Bischöfe wurde der Breslauer Bischof Boleslaw Kominek beauftragt. Bischof Komineks Text beinhaltet eine zusammenfassende kulturgeschichtliche Betrachtung der ersten tausend Jahre des polnischen Staates, in der die Probleme der deutsch-polnischen Nachbarschaft eingebettet sind. Interessant ist, daß in dem von Bischof Kominek verfaßten Brief Polen in der Geschichte der bilateralen Beziehungen nicht nur als Opfer deutscher Politik sondern auch deren Schuld thematisiert wird. Der letzte Absatz beginnt mit dem vielzitierten Satz:

„In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. (Heller, 1992; Madejczyk, 1994).

Die Reaktion der deutschen Bischöfe, aber auch die Resonanz in der bundesdeutschen Medien, war zunächst enttäuschend. Zwar baten die deutschen Bischöfe auch in ihrem Brief um Vergebung, vermieden aber eine deutliche Aussage zur polnischen Westgrenze und den ehemaligen deutschen Ostgebieten. In seinem Brief vom 5. November 1970 an Kardinal Döpfner brachte der Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Wyszynski, seine Enttäuschung über die Haltung seiner deutschen Amtsbrüder zum Ausdruck:

„Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen. Dies ist um so trauriger, als die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkamen.“ (Stehle, 1993: 81)

Auf den Brief des polnischen Episkopats waren viele Gläubige in Polen nicht vorbereitet und daher irritiert. Gomulka versuchte, die mangelnde Bereitschaft der Gläubigen zur Überprüfung der historischen Bilder und des Selbstverständnisses der polnischen Nation propagandistisch gegen die Kirche auszunutzen. Man bezichtigte die Kirche des Verrats polnischer Interessen. In diesem Streit hatte Gomulka wohl das einzige Mal die Mehrheit der Gesellschaft gegen die Kirchenführung auf seiner Seite, denn nur wenige verstanden, wofür sie die

Deutschen um Vergebung bitten sollten. Doch sehr bald sollte sich erweisen, daß, historisch gesehen, in diesem Streit der Kirchenfürst und nicht der Parteichef weitsichtiger war (Krzyminski, 1993: 141f).

Auch in der evangelischen Kirche begann man sich zu Beginn der sechziger Jahre Gedanken über die zukünftigen Beziehungen der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn zu machen. Eine kleine Gruppe in der evangelischen Kirche aktiver Wissenschaftler verfaßte 1961 ein Diskussionspapier über die bundesdeutsche Ostpolitik, das im Februar 1962 als *Tübinger Memorandum* in den Medien verbreitet wurde. In dem Memorandum wurde die bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefordert. Die Beziehungen zu Polen müßten entlastet werden, um so den bundesdeutschen Bündnisgenossen die Unterstützung in „anderen Fragen“ zu erleichtern, und der Sowjetunion die Möglichkeit zu nehmen, Deutschland und Polen gegenseitig auszuspielen.

Die bis 1969 noch nicht gesplante deutsche evangelische Kirchenleitung distanzierte sich von dem Memorandum und unterstrich, daß es sich hierbei um eine private Meinungsäußerung von Protestanten handele. Dennoch fühlte sich der Rat der Evangelischen Kirche verpflichtet, eigene Vorstellungen zu diesem Problembereich zu formulieren. Am 1. Oktober 1965 wurde die *Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche* veröffentlicht⁶. Dieses Dokument ging in seinen Forderungen nicht so weit wie das *Tübinger Memorandum*, denn es wurden darin keine direkten politischen Empfehlungen oder Forderungen zum Ausdruck gebracht. Dennoch wurde darin der Wille zur Anerkennung der polnische Westgrenzen sichtbar. Zudem wurden zahlreiche ethisch-theologische Argumente für den Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete aufgeführt. (Bakinowski, 1994; 31-34)

Auch auf bundesdeutscher Seite gingen in den sechziger Jahren wesentliche Impulse zur Neugestaltung des Verhältnisses zu Polen von nichtstaatlichen Akteuren, besonders aus dem kirchlichen Milieu, aus. In seiner Bilanz der bundesdeutschen Polenpolitik seit 1949 mißt der Kölner Politikwissenschaftler diesen Initiativen eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in den sechziger Jahren bei:

„Die Erklärungen, Memoranden und Denkschriften der Kirchen übten einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus, sie erlaubten, deutlicher als zuvor die Veränderung der

⁶ Die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn

eigenen Situation in der Weltpolitik zu erkennen, und neue, die Stellung Deutschlands in Mitteleuropa definierende Grundsätze zu suchen.“ (Bingen, 1998; 88).

2.2. Die polnischen Klubs der katholischen Intelligenz (KIK)

Unterstützung erfuhr der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder durch die in den *Klubs der katholischen Intelligenz* organisierten liberalen katholischen Intellektuellen. Die *KIKs* entstanden während des polnischen Tauwetters 1956 und versammelten zwar dem Kommunismus gegenüber kritisch eingestellte jedoch zu einer Zusammenarbeit mit dem Regime bereite Katholiken. Im Zuge der Liberalisierung des politischen Lebens im Sowjetblock vor und nach dem 20. Parteitag der KPdSU kam es zunächst zu einer von der polnischen Bevölkerung mit Hoffnungen begleiteten Annäherung zwischen Staat und Kirche. Ausdruck dieses neuen Dialogs war die Freilassung des 1953 inhaftierten Primas der katholischen Kirche Kardinal Wyszynski, die Wiedezulassung von katholischen Zeitschriften, die Liberalisierung des Religionsunterrichts sowie die Beteiligung von Laienvertretern am politischen Leben. Damals entstand die katholische Abgeordneten-Gruppe *Znak* mit fünf Vertretern im Sejm. Zusätzlich wurde einem Vertreter der Laienbewegung ein Sitz im Staatsrat angeboten. Die Sejm-Gruppe der Laienbewegung benannte sich nach der in Warschau erscheinenden und 1956 wiederzugelassenen Krakauer katholischen Monatszeitschrift *Znak*. Bestandteil dieses liberalen antinationalistischen Laienmilieus waren neben der Zeitschrift *Znak* auch die Warschauer Monatszeitschrift *Wież* und die im März 1945 in Krakau gegründete und zunächst von der fürstbischöflichen Metropolenkurie herausgegebene Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny*. Daneben wurden 1956 in fünf Städten Klubs der katholischen Intelligenz (Warschau, Krakau, Thorn, Posen, Breslau) registriert (Micewski, 1978).

Die als „Neopositivismus“ bezeichnete Realpolitik der *KIKs* in den fünfziger und sechziger Jahren setzte sich zum Ziel, unter Berücksichtigung der gegebenen politischen Rahmenbedingungen eine Erweiterung der Souveränität Polens gegenüber der Sowjetunion und eine Erweiterung der innenpolitischen Freiräume zu erreichen. Vordenker des „Neopositivismus“ waren der Jurist Stanislaw Stomma sowie der Schriftsteller und Komponist Stanislaw Kisielewski:

„Die mit der *Znak*-Bewegung verbundenen Gruppen und Einzelpersonen sahen in der Tauwetterperiode eine Chance, im Sinne größerer Souveränität und Demokratisierung tätig werden zu können. Dabei waren sie ideologisch Gegner des Marxismus, hatten auch nicht

eine Reform der Partei im Auge, sondern interessierten sich insofern für deren Fraktionen, als diese den Demokratisierungsbestrebungen unterschiedlich gegenüber standen. Doch da die *Znak*-Gruppe (...) in der Parteiführung nach dem 1956 noch einen Träger von Demokratisierungsprozessen sah, glaubte sie, eine sinnvolle Funktion als Beraterin der Gomulka-Gruppe erfüllen zu können. (...) Sie nutzten den Sejm als Tribüne für ihre Forderungen nach mehr Freiheitsrechten und größerer nationaler Souveränität.“ (Hirsch, 1985: 22f)

Als sich jedoch die Parteführung Ende der fünfziger Jahre von den Versprechungen des „Polnischen Oktober“ abzuwenden begann, schwand die Möglichkeit der tatsächlichen Mitgestaltung des politischen Lebens durch die *Znak*-Politiker. Auch wurde konkret die Arbeit des Sejm durch die Partei eingeschränkt. Die PVAP konzentrierte die politische Macht durch Entwertung der Regierungsfunktionen bei sich. Zudem wurde die Arbeit des Sejm in die Kommissionen verlagert, damit die Arbeit der *Znak*-Parlamentarier nicht an die Öffentlichkeit dringen konnte. Spätestens mit der antisemitischen Kampagne der kommunistischen Machthaber 1968 begannen sich erste katholische Intellektuelle von der Idee des „Neopositivismus“ zu distanzieren, Mitte der siebziger Jahre erklärte auch Stomma diesen politischen Ansatz für gescheitert. 1976 wurde die *Znak*-Sejmgruppe aufgelöst.

Trotz des Scheiterns der „neopositivistischen Strategie“ konnten nach 1976 die *KIKs* offiziell weiterwirken. Die Zeitschriften der *Znak*-Laienbewegung durften weiterhin erscheinen. Zwar unterstanden sie wie andere Publikationen auch der Zensur, die Redaktionen behielten aber ihre Autonomie. Die Bedeutung der *KIKs* für das unabhängige intellektuelle und politische Leben Polens war enorm. Diese Gruppierungen entwickelten sich seit den sechziger Jahren zu wichtigen Orten freier Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Milieus.⁷ Nach der Niederschlagung des Studentenproteste, der antisemitischen und antintellektuellen Kampagne von 1968 suchten junge, atheistisch und links orientierte Intellektuelle, die sog. polnische „68-Generation“, den Kontakt zu der katholischen Laienbewegung. Zu den bekanntesten 68ern zählen der Publizist, Historiker und einer der wichtigsten Vordenker der antikommunistischen Opposition in den siebziger und achtziger Jahren, Adam Michnik. Als Vertreter der Opposition war er an den Verhandlungen des Rundes Tisches 1989 beteiligt. Von 1989 bis 1991 war Michnik Mitglied des Sejm. Heute leitet er als Chefredakteur eine der größten Tageszeitungen Polens, die liberale *Gazeta Wyborcza*. Viele der 68er-Generation spielen heute eine wichtige Rolle in den Medien und in der Kunst. Zu den Vertretern dieser Generation zählen auch der in Deutschland bekannte Filmregisseur Krzysztof Kieslowski sowie der Lyri-

ker und Essayist Adam Zagajewski. Aus der Partei ausgestoßene, früher marxistisch gesinnte aber reformfreundliche Intellektuelle (sog. ehemalige „Revisionisten“) fanden darüber hinaus Zugang in das *Znak*-Milieu. In dieser Gruppe sind vor allem der heutige polnische Außenminister, Bronislaw Geremek, sowie der Bürgerrechtler und Sozialminister nach 1989, Jacek Kuron, zu nennen. Zahlreiche der 1968 aus der *PVAP* ausgetretenen beziehungsweise ausgestoßenen Parteimitglieder, wie der Philosoph Leszek Kolakowski, verließen jedoch das Land Richtung USA oder Westeuropa, wo sie Kontakt zu liberalen Vertretern der polnischen Emigration, hier hauptsächlich zu der Pariser *Kultura*, aufnahmen.

Das in den *KIKs* organisierte liberale katholische Laienmilieu in Polen war neben der im Pariser Exil erscheinenden Zeitschrift *Kultura* die einzige Intellektuellengruppe in Polen, die seit 1945 kontinuierlich das deutsch-polnische Verhältnis frei von ideologischer Bevormundung zu reflektieren versuchte. Sicherlich konnten die katholischen Laiengruppen das in ihren offiziell veröffentlichten Büchern und Zeitschrift, die der Zensur unterlagen, nicht immer vollkommen über diese Probleme publizieren. Dennoch waren ihre Veröffentlichungen, die einzigen, die offiziell zugänglich waren und ein unabhängiges Bild der deutsch-polnischen Beziehungen zeichneten:

„Abgesehen davon, daß einige Themen verschwiegen werden mußten, ist es in den vergangenen vierzig Jahren dem *Znak*-Milieu gelungen, Alternativen zu den vom offiziellen, meinungsbildenden Zentren gestalteten Bildern von Deutschland und der deutschen Frage anzubieten. Ihr Verdienst bestand nicht nur darin, die deutsche Frage zum Bestandteil einer ehrlichen intellektuellen Betrachtung zu machen sondern dieses Problem als eine Herausforderung zur aktiven Lösung dieser Frage zu verstehen.“ (Wolff-Poweska, 1993: 364)

Schon früh traten die *Znak*-Intellektuellen für den europäischen Einigungsprozeß ein. Noch lange vor Helsinki setzten sie auf einen gesamteuropäischen Dialog zwischen den Blöcken und hatten mit der Entwicklung eines Annäherungs- und Entspannungsprozesses auch die Hoffnung auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polen und den deutschen Staaten. Sie strebten eine Lösung der deutschen Frage im Rahmen des den europäischen Einigungsprozesses an (Wolff-Poweska, 1993: 390).

Seit den sechziger Jahren war es den *Znak*-Mitgliedern möglich, in die beiden deutschen Staaten zu reisen. *Znak*-Parlamentarier, wie Tadeusz Mazowiecki, Stanislaw Stomma und Stefan Kisielewski, pflegten noch vor der großen Wende in der deutschen Ostpolitik offizielle

⁷ Der Warschauer Klub zählte 1976 1.750 Mitglieder, die übrigen jeweils einige hundert.

Kontakte zu den im Bundestag vertretenen Parteien sowie zur Bundesregierung.⁸ Auch andere *Znak*-Aktivisten konnten seit den sechziger Jahren trotz Schikanen und Beschränkungen in den Westen reisen. Erstaunlicherweise wuchs im kommunistischen Polen trotz der zunehmenden politischen Konflikte die Reisefreiheit, so daß es besonders seit der Mitte der siebziger Jahre die Grenzen der Volksrepublik durchlässig wurden. Besonders enge Kontakte pflegten die *Znak*-Aktivisten zu deutschen katholischen Laiengruppen in beiden deutschen Staaten, wie der *Aktion Sühnezeichen*, der Organisation *Pax Christi* und zum *Bensberger Kreis*. Die Durchlässigkeit der Grenzen ermöglichte den katholischen Intellektuellen auch die Kontaktaufnahme zu Zentren des demokratischen politischen Denkens der polnischen Emigration. Hier ist vor allem der Kontakt führender *KIK*-Vertreter Stefan Kisielewski und Wladyslaw Bartoszewski zu der Pariser *Kultura* zu nennen.

Eine herausragende Rolle spielten die Vertreter der *KIKs* in der antikommunistischen Oppositionsbewegung der siebziger sowie achtziger Jahre und schließlich während des Systembruchs von 1989. Zahlreiche *KIK*-Intellektuelle hatten in führenden Position an den Verhandlungen des Runden Tisches teilgenommen, die den Weg zu den ersten (halb)-freien Wahlen vom Juni 1989 ebneten. Mit der Ernennung Tadeusz Mazowieckis zum ersten nicht-kommunistischen Regierungschef nach 1945 fiel einem ehemaligen *Znak*-Abgeordneten und führenden katholischen Intellektuellen eine Schlüsselposition im polnischen Systemwechsel zu. Die Redaktionslisten der *KIK*-Zeitschriften *Tygodnik Powszechny*, *Wiesz* und *Znak* lesen sich heute wie das *Who is Who* der politischen Regierung und des Parlaments nach 1989.

Eine wichtige Rolle nahmen auch *KIK*-Intellektuelle bei der Gestaltung der neuen polnischen Außenpolitik, vor allem im Verhältnis zu Deutschland, ein. Krzysztof Skubiszewski, einer der Architekten der neuen deutsch-polnischen Beziehungen, war Mitglied des Posener *KIKs*. Einer seiner Nachfolger und heutige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Wladyslaw Bartoszewski, ist bis heute Mitglied des Redaktionsbeirates der Krakauer Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny*. Die Position des Deutschlandbeauftragten in der Mazowiecki-Regierung übernahm im Herbst 1989 der langjährige Redakteur des *Tygodnik Powszechny*, Mieczyslaw Pszon. Im Auftrag Mazowieckis organisierte Pszon das symbolträchtige Treffen des polnischen Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Kohl auf dem schlesischen Gut der Familie Moltke in Kreisau im Herbst 1989 und bereitete die Unterzeichnung

⁸ Schon im Frühjahr 1958, noch vor der Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Polen und der Bundesrepublik, unternahm der damalige *Znak*-Abgeordnete Stanislaw Stomma eine Reise nach Bonn, wo er Gespräche u.a. mit dem damaligen Bundesaußenminister Heinrich von Brentano und dem Chef des Bundeskanzleramtes Hans Globke führte. (Wolff-Poweska, 1993: 376 f.)

des deutsch-polnischen Grenzvertrages 1990 vor. Ein anderer langjähriger Weggefährte Mazowieckis, der *Wież*-Redakteur und Deutschlandexperte Wojciech Wiczorek, wurde 1990 zum Botschafter in der DDR ernannt und leitete nach der Vereinigung die Außenstelle der polnischen Botschaft in Berlin. Ein jüngerer Publizist, der in den achtziger Jahren mit der katholischen Presse zusammenarbeitete, Janusz Reiter, wurde zum ersten Botschafter Polens nach der Wende in der Bundesrepublik ernannt. Das von der katholischen Laienbewegung in den Jahrzehnten zuvor geknüpft Netz von inoffiziellen Kontakte kam nach 1989 zum tragen, so daß alternative Überlegungen zur Deutschlandpolitik Polens verwirklicht werden konnten.

2.3. Der Bensberger Kreis

Auf den vorhergehenden Seiten wurde dargestellt, daß der Briefwechsel der katholischen Bischöfe ursprünglich eher als eine mißlungene Initiative der polnischen Kirchenführung betrachtet werden mußte. Denn auf den mutigen, unter Polen damals umstrittenen Brief der polnischen Bischofskonferenz antworteten die deutsche Amtsbrüder nur zögerlich. Ihre Antwort fiel eher diplomatisch und enttäuschend aus. Die zögerliche Haltung der deutschen katholischen Kirche rief auch Irritationen unter den katholischen Laien in Deutschland hervor. Auf Initiative von Walter Dirks traf sich am 7. Mai 1966 in der Bischöflichen Thomas-Morus-Akademie in Bensberg eine sehr diverse Gruppe von Katholiken, wie „nach dem Schneeball-System aus einander Altbekannten zusammengerufen“ (Seidler, 1993: 105), um durch die Kirche vernachlässigte Fragen, wie das Verhältnis zu Israel und Polen sowie zur Wehrdienstverweigerung, zu diskutieren.

Die in Bensberg versammelten Katholiken erarbeiteten in fast zwei Jahren ein Dokument, das sogenannte *Bensberger Memorandum*, das zu der Frage der polnischen Westgrenze eine deutliche Position bezog. Die Bensberger nahmen das von den Vertriebenen geforderte Heimatrecht sehr ernst: Niemand solle gegen seinen Willen aus dem Land, das er bewohnt, aus dem persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebenszusammenhang, in dem er aufgewachsen ist und sein Leben entfaltet hat, herausgerissen werden. Dieses Recht aber sei auch den heute auf ehemaligen deutschen Gebieten lebenden Polen zuzusprechen. Die Erkenntnis und der Verzicht auf Ansprüche auf deutscher Seite wurden von den Mitgliedern des *Bensberger Kreises* als wesentliche Vorbedingung zur Aussöhnung benannt. Der Kernsatz des Memorandums legt Zeugnis von ihrem politischen Realismus ab:

„Es wird für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir die Rückkehr dieser Gebiete (jenseits der Oder-Neiße-Linie) in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“

Das *Bensberger Memorandum* wurde von 160 katholischen Persönlichkeiten unterschrieben. Darunter finden sich Namen aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern, den Sozialdemokraten nahestehende Persönlichkeiten wie der Bundestagsabgeordnete Peter Nellen, die Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon, Liberale wie Ernst-Wolfgang Böckenförde, Geistliche wie der spätere Kardinal Josef Ratzinger, aber auch viele einflußreiche Politikwissenschaftler wie Alexander Schwan, Ernst Czempiel, Gilbert Ziebura oder Franz Ansprenger.

Das Memorandum war ein herausragendes politische Ereignis im Frühjahr 1968. Etwa 1500 Presseveröffentlichungen befaßten sich allein im Jahr des Erscheinens mit diesem Dokument. Seine Bedeutung bestand nicht nur darin, daß es verständnisvoll mit den Interessen der Vertriebenen und gleichzeitig für ein Zugehen auf den polnischen Standpunkt bezüglich der Grenzfrage forderte. Aufmerksamkeit erregte es, weil man den katholischen Laien eine so deutliche Kritik an der bisherigen Bewegungslosigkeit der katholischen Kirche und der konservativen Kreise nicht zugetraut hatte.⁹

Das Memorandum des *Bensberger Kreises* traf auch auf positive Reaktion der polnischen *Klubs der Katholischen Intelligenz*. Ausführlich und mit großer Sympathie stellte Tadeusz Mazowiecki in der Monatszeitschrift *Wież* des Warschauer *KIKs* im Mai 1968 das Dokument vor. Zwei Jahre später führte die *Wież*-Redaktion ein erstes Gespräch mit Vertretern des *Bensberger Kreises*. Die Kontakte zwischen den polnischen Katholischen Intellektuellen sowie westdeutschen Laien konnten, begünstigt von der zunehmende Liberalisierung des Reiseverkehrs zwischen Polen und der Bundesrepublik, in den siebziger und achtziger Jahren intensiviert. Sie waren eingebettet die Arbeit der der katholischen Friedensorganisation *Pax Chri-*

⁹ Das Memorandum des *Bensberger Kreises* ist heute sicherlich die bekannteste Initiative von deutschen Intellektuellen zu Fragen der bundesdeutschen Ostpolitik aus den sechziger Jahren. An dieser Stelle sei erinnert, daß sie nicht die einzige richtungsweisende war. Im Schatten des Bensberger Dokuments steht heute das *Memorandum der Acht* von 1961. Es wurde lange vor der Denkschrift des EKD von acht evangelischen Intellektuellen verfaßt. Unter ihnen befanden sich u.a. der spätere WDR-Intendant Klaus von Bismarck, der Physiknobelpreisträger Werner Karl Heisenberg sowie der Philosoph und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Die Autoren des Memorandums betrachteten die deutsch-polnischen Beziehungen als Schlüssel zur Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu ihren mittel- und osteuropäischen Nachbarn. Sie forderten nicht nur die Anerkennung der polnischen Westgrenze und einen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt sondern auch die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Staaten über Möglichkeiten einer eventuellen Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat. Aus heutiger Sicht ebenfalls interessant ist die Forderung nach Entschädigung von polnischen Nazi-Opfern, ein bis heute kontrovers diskutiertes Problem. (Wolanski, 1998:56f.)

sti. Zwischen dem *Bensberger Kreis* und *Pax Christi* gab es personelle Überschneidungen. *Pax Christi* entwickelte sich in den siebziger Jahren zu einem wichtigen Kooperationspartner für die polnische katholische Intelligenz. In mehreren gemeinsamen Seminaren in Auschwitz wurden Fragen der Vergangenheit und Zukunft der bilateralen Beziehungen zwischen den katholischen Laien diskutiert.

In den siebziger Jahren, als der CDU-Politiker Bernhard Vogel Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken war, vertieften sich die Kontakte zwischen den katholischen Institutionen der Länder. Polnische Delegationen nahmen an den Katholikentagen teil. Beim deutschen Zentralkomitee entstand sogar eine deutsch-polnische Arbeitsgemeinschaft, zu der auch Mitglieder des *Bensberger Kreises* gehörten. (Pailer, 1995: 138) Unter der Präsidentschaft Vogels, der in den siebziger Jahren zunächst Kultusminister und von 1976 an Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz war, entwickelte sich eine ausgeprägte Bindung der polnischen katholischen Intellektuellen zur CDU. Mitglied des Zentralkomitees war unter Vogel auch der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den siebziger Jahren und von 1982 bis 1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, der enge Kontakte zu den *Klubs der Katholischen Intelligenz*, vor allem zu Stanislaw Stomma, und in den achtziger Jahren zur demokratischen Opposition pflegte (Hajnicz, 1995: 33).

Das Verhältnis der Vertreter der *Znak*-Bewegung zum Zentralkomitee und zu den deutschen Christdemokraten war jedoch nicht immer spannungsfrei, was mit dem widersprüchlichen Verhältnis einiger prominenter deutscher Katholiken zu polnischen Westgrenze zusammenhing. Der Nachfolger Vogels im Amt des Zentralkomitee-Präsidenten, der bayrische Kultusminister Hans Maier, hatte sich in einem *Spiegel*-Interview vom 11. Dezember 1979 dafür ausgesprochen, in Schulatlanten die Oder-Neiße Grenze - gemäß dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 31.7.1973 - von völkerrechtlichen Grenzen zu unterscheiden. Die polnischen Katholiken, besonders führende *Znak*-Vertreter wie Wladyslaw Bartoszewski, Tadeusz Mazowiecki und Stanislaw Stomma, zeigten sich verärgert über diese Äußerung Maiers und sahen ihre Bemühungen, die Polen davon zu überzeugen, daß ihrem Land von deutscher Seite keine Gefahr mehr drohe, dadurch gefährdet (Pailer, 1995: 138). Die Verstimmung führte sogar dazu, daß 1980 keine polnische *Znak*-Delegation am Berliner Katholikentag teilnahm. Bis zur Unterzeichnung des Grenzvertrages im November 1990 wurde das polnisch-bundesdeutsche, kirchliche Kontaktnetz immer wieder Belastungen ausgesetzt, weil das Verweisen zahlreicher deutscher Persönlichkeiten des konservativ-katholischen Milieus auf die ausstehende völkerrechtliche Regelung der Grenzfrage Irritationen auf polnischer Seite hervorrief.

2.4. Aktion Sühnezeichen, Polenseminare und das Anna-Morawska- Seminar

Die Darstellungen der bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich bislang auf die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zum kommunistischen Polen. Sicherlich ist dies darauf zurückzuführen, daß die offene Grenzfrage bis 1990 zu ständigen Diskussionen und Spannungen zwischen Bonn und Warschau führte. Anders gelagert waren die Beziehungen zur DDR. Mit der Unterzeichnung des Görlitzer Vertrages von 1950 verschwand die Grenzproblematik von der Tagesordnung der Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik. Dennoch blieb das offizielle Verhältnis zwischen Ostberlin und Warschau spannungsreich. Immer wieder weckten Experimente eines nationalen polnischen Weges zum Sozialismus Mißtrauen bei den ostdeutschen Genossen, denen die Liberalisierungstendenzen in der polnischen Gesellschaft zu weit gingen und zu gefährlich waren. Für Verunsicherung sorgten auch die politischen Krisen in Polen sowie die Entstehung einer breiten Demokratisierungsbewegung unter Intellektuellen und Gewerkschaftlern, deren Initiativen die Kritiker des ostdeutschen Staates inspirierten. Im Laufe der DDR-Geschichte entwickelte sich gerade unter kritisch denkenden Intellektuellen und Künstlern eine starke Affinität für die polnische Kultur und Geschichte. Durch die Einführung des visafreien Reiseverkehrs 1971 kam es zu einer Intensivierung der persönlichen Kontakte zwischen den Bevölkerungen Polens und der DDR. Sicherlich war für viele DDR-Bürger Polen damals nicht mehr als ein abwechslungsreiches Tourismusgebiet, während für viele Polen Ostdeutschland ein kommunistisches Einkaufsparadies darstellte. Dennoch ermöglichte die offene Grenze für zahlreiche Jugendliche auch das Entstehen eines neuen Bildungserlebnisses. (Mehlhorn, 1996).

So kam es, daß neben den offiziellen Austausch- und Begegnungsprogrammen eine nicht-staatliche Initiative über Jahrzehnte eine Schlüsselposition in den Beziehungen zwischen DDR-Bürgern und Polen einnehmen konnte. Die in diesem Rahmen geknüpften Kontakte sollte für den Systemwechsel von 1989 sowie bei der Herausbildung eines Bewußtseins einer deutsch-polnischen Interessensgemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. Gemeint ist die 1958 in beiden deutschen Staaten von Lothar Kreyssig, einem Juristen und Mitglied der *Bekennenden Kirche*, gegründete *Aktion Sühnezeichen*. In Zeiten als die adenauersche Bundesrepublik sich einer konsequenten Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Deutschen versperrte und sich die DDR auf die Seite der antifaschistischen Sieger stellte, propagierte Kreyssig eine

offene, schmerzhaftes Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Sühne und Aussöhnung sollten dabei auf dem Wege von Arbeitsprojekten verwirklicht, erlebt werden. Konkret wurden zerstörte Kirchen wiederaufgebaut sowie jüdische Friedhöfe und KZ- Gedenkstätten gepflegt.¹⁰

Mit dem Mauerbau wurde die Organisation gespalten. Kreyszig, damals Präses der Evangelischen Synode, unterstützte die Weiterentwicklung der Arbeit von *Aktion Sühnezeichen* in der DDR. Zu seinem wichtigsten Mitarbeiter in dieser Zeit in der DDR wurde der Angestellte des Magdeburger Bistums, der Katholik Günther Särchen. Er war für die Kontakte der *Aktion Sühnezeichen* zu Polen verantwortlich. Bereits Mitte der sechziger Jahre gelang es Särchen, erste Pilgerfahrten sowie Sühne-Arbeitseinsätze in Polen zu organisieren und erste Kontakte zu den *Klubs der Katholischen Intelligenz* zu knüpfen. Die Pflegeaktionen deutscher Christen in polnischen KZ-Gedenkstätten wurden um Begegnungen mit polnischen katholischen Intellektuellen, vor allem mit *Znak*-Vertretern wie Stanislaw Stomma, Tadeusz Mazowiecki oder Wladyslaw Bartoszewski, ergänzt. Zum ständigen Partner der *Aktion Sühnezeichen* der DDR entwickelte sich der Breslauer *KIK*. Die Arbeit der *Aktion Sühnezeichen* beeindruckte die polnischen Katholiken. Das belegt die folgende Äußerung von Stanislaw Stomma:

„Die in Polen bescheiden durchgeführten Arbeiten der *Aktion Sühnezeichen* bekamen ein immer breiteres Echo. Da ich diese ausdauernde Tätigkeit, die in keiner Weise auf einen Propagandaeffekt ausgerichtet war, aus der Nähe betrachten konnte, muß ich feststellen, daß die psychologische Wirkung bei uns groß war: Die Menschen in Polen haben zu glauben begonnen, daß sich bei den deutschen Nachbarn ein neues Muster einer fortschrittlichen gesellschaftliche Haltung herausbildet, das die Chance für Verständigung und für ein Leben in Freundschaft bietet.“ (Pailer, 1995: 86)

Die ideologiefreie Auseinandersetzung mit der deutsch-polnischen Geschichte während der *Sühnezeichen*-Camps wurde auch in der DDR fortgesetzt. 1968 gründete Särchen die sogenannten *Polenseminare*, die zunächst formell der katholischen Kirche Magdeburgs angegliedert waren. Regelmäßig veranstaltete Särchen jeweils im Frühjahr und im Herbst ein Seminar zur deutsch-polnischen Problematik in Magdeburg. Die Kosten zu diesen ökumenisch

¹⁰ In seiner *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989* beschreibt Ehrhart Neubert die politische Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* folgendermaßen: "Die politische Bedeutung der *Aktion Sühnezeichen* bestand in der grundsätzlich dem Antifaschismusverständnis der SED entgegenstehenden Idee und Praxis einer gelebten Versöhnung. Indem durch die Lager und Einsätze die gesellschaftliche Schuld anerkannt und Wege des Verstehens und Vergebens gesucht wurden, wurde ein klassenkämpferisch ritualisierter Antifaschismus, der zur Legitimation der neuen 'Sieger der Geschichte' diente, ohne die Schuldgeschichte ernst zu nehmen, in Frage gestellt." (Neubert, 1997: 199)

offenen Veranstaltungen trugen die Teilnehmer selbst. Sie kamen aus allen Teilen der DDR. Das Interesse war so groß, daß die Seminarräume mit fast jeweils 100 Teilnehmern überfüllt und an zwei Orten gleichzeitig durchgeführt werden mußten. Von 1968 bis zur Wende konnten an 80 Wochenenden Seminare zu dieser Thematik durchgeführt werden. Unter den Referenten fanden sich zahlreiche polnische Gäste, darunter unter anderem der spätere erste nicht-kommunistische Ministerpräsident Polens Tadeusz Mazowiecki. Särchens Arbeit fand unter der Polen eine solche Hochachtung, daß er als Laie und einfacher Kirchenangestellter in direktem Kontakt zum polnischen Episkopat stand. Mehrmals traf er sich in Polen mit dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Wyszynski, sowie mit dem Krakauer Erzbischof Karol Wojtyla, dem späteren Papst Johannes Paul II.

Särchens Tätigkeit beschränkte sich nicht nur auf die Organisation von Pilgerfahrten und Arbeitseinsätzen in Gedenkstätten. Er nutzte auch die kirchlichen Freiräume für die Publikation von Informationsmaterial über Polen. Die Liste dieser sogenannten "Handreichungen" umfaßt zwischen 1960 und 1990 etwa 70 Positionen, alles Publikationen die als "für den innerkirchlichen Gebrauch" deklariert wurden. Diese Verfielfältigungen in einem Seitenumfang zwischen 10 und 110 Seiten, in einer Auflagenhöhe von 100 bis 1200, zuletzt sogar als Offsetdrucke hergestellt, wurden per Post an einen breiten Interessentenkreis in der gesamten DDR verschickt.

Die "Handreichungen" sind mit Anthologien zu bestimmten Themen vergleichbar und beinhalteten Texte von polnischen Publizisten, Philosophen und Schriftstellern, deren Arbeiten in der DDR nicht erscheinen durften, darunter zahlreiche Autoren der liberalen katholischen *Znak*-Presse aber auch solche von antikommunistischen Oppositionellen.

Einen Höhepunkt dieser verlegerischen Arbeit stellt sicherlich die "Handreichung" vom Oktober 1982 über die Hintergründe und Ziele der *Solidarnosc*-Bewegung dar. Diese Publikation veranlaßte das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* zur Unterbindung dieser Aktivitäten. Über das Staatssekretariat für Kirchenfragen erteilte das Bistum ein Verbot für weitere Tätigkeiten Särchens. Die offizielle katholische Kirche war nicht mehr bereit, die vom *MfS* als "sozialismusfeindliche" bezeichnete Aktivitäten ihres Laien hinzunehmen und die Kooperation mit der Staatsmacht zu gefährden. Ab 1985 sah sich Särchen gezwungen, einen neuen Schirmherren zu suchen. Offiziell konnten die *Polensseminare* als *Anna-Morawska-Seminare*, benannt nach der verstorbenen Publizistin des *Tygodnik Powszechny*, unter dem Schutz der *Aktion Sühnezeichen* fortgesetzt werden. Erschwert wurde aber diese Arbeit in den achtziger Jahren nicht nur durch zunehmende Störungsmaßnahmen der Stasi sondern auch durch die

Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs 1980 zwischen der DDR und Polen, was die Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten erheblich einschränkte. Die Ostberliner Machthaber fürchteten zunehmend den Einfluß nicht nur der freien Gewerkschaften und der demokratischen Opposition, sondern auch die seit 1985 zunehmende Reformbereitschaft der polnischen Genossen. Auch an ihrer östlichen Grenze sicherte sich die DDR mit einem neuen *Eisernen Vorhang* ab (Neubert, 1997: 198ff)¹¹.

3. Die demokratische Opposition in Polen und in der DDR

3.1. Die deutschlandpolitische Diskussion in der polnischen demokratischen Opposition seit den siebziger Jahren

Mitte der siebziger Jahre fand ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte der polnischen demokratischen Opposition statt. Die 1975 in Helsinki geschlossenen KSZE-Beschlüsse, besonders die bezüglich der Menschenrechtsfragen, boten der antikommunistischen Opposition eine neue Angriffsfläche. Zudem wurden der Bevölkerung und zahlreichen Intellektuellen erneut die Grenzen der Ausweitung von wirtschaftlichen und persönlichen Freiheiten in dem sozialistischen Satellitenstaat an der Weichsel deutlich gemacht. Anlaß für diese Feststellung waren der gescheiterte Modernisierungsversuch der Nomenklatura um Parteichef Gierek, mit Hilfe von westlichen Krediten, sowie die Verfassungsänderung von 1976, mit der der sozialistische Staatsaufbau und die Bindung an die Sowjetunion explizit fixiert wurde (Hirsch, 1985).

Die liberalen katholischen *Znak*-Intellektuellen um Stomma erkannten das Versagen ihres „neopositivistischen Ansatzes“. Deswegen konnten und wollten sie ihre parlamentarische Arbeit nicht fortsetzen. Auch unter zahlreichen Vertretern der jüngeren Generation, wie Jacek Kuron oder Adam Michnik, die mit sozialistischen Ideen sympathisierten, nahm die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Die Situation spitzte sich durch die Verschärfung der Zensur sowie durch die blutige Niederschlagung der Arbeiterproteste vom Sommer 1976 in Radom zu.

Dieser Zeitpunkt markiert die Gründung des Untergrundverlagswesens in Polen; den Beginn der Annäherung von katholischen Laien an links-liberale, atheistische Intellektuelle; so-

¹¹ Umfangreiches Material über die *Aktion Sühnezeichen* und die *Polenseminare*, darunter Kopien von MfS-Akten, wurden dem Autor dankeswerterweise von Günter Särchen zur Verfügung gestellt.

wie den Anfang der offenen Solidarisierung der intellektuellen Eliten mit den Arbeitern. Dieser Prozeß führte schließlich zur Gründung der *Freien Gewerkschaft Solidarnosc* im Sommer 1980. Das in dieser Zeit entstandene politische Bündnis sollte bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks wirksam sein.

Deutschland- und außenpolitische Probleme standen verständlicherweise im Schatten der innenpolitischen Debatten innerhalb der demokratischen Opposition in den siebziger und achtziger Jahren (Kubiak, 1993). Dennoch muß festgestellt werden, das einige Vertreter dieses Milieus lange vor dem Systemwechsel konsequente und alternative außenpolitische Konzepte entwickelt haben, auf die die ersten demokratischen Regierungen in Polen zurückgreifen konnten. Diejenigen, die diese Debatten prägten, nahmen nach 1989 zahlreiche politische Schlüsselpositionen in der polnischen Politik ein.

Die erste in diesem Zusammenhang wichtige antikommunistische Gruppierung war die 1976 entstandene *Polnische Unabhängigkeitsbewegung (PPN)*. Diese vom Literaturwissenschaftler Zdzislaw Najder ins Leben gerufenen Gruppe versuchte, einen antikommunistischen *Think-Tank* aufzubauen (Najder, 1992: 9-29). Sie setzten sich keine konkreten politischen Aktivitäten sondern die Erarbeitung von Thesenpapieren zu vielfältigen Gegenwartfragen zum Ziel. Die gesammelten Dokumente sollten eine Art Kern eines "nationalen Unabhängigkeitsprogramms" bilden (Friszke, 1994: 490-499), denn die *PPN*-Gründer gingen davon aus, daß eine Krise des Sowjetblocks und der UdSSR bevorstehe und die polnischen Eliten auf diese Situation vorbereitet sein müßte.

Die *PPN*-Dokumente erschienen anonym beziehungsweise unter Pseudonymen. Für ihre Authentizität bürgte ein Vertrauensgremium prominenter Vertreter der polnischen Exil-Intelligenz, u.a. der Philosoph Leszek Kolakowski und der Schriftsteller Gustaw Herling-Grudzinski, die diese Dokumente im Westen herausgaben. In Polen wurden die *PPN*-Memoranden von Untergrundverlagen verfielfältigt. Drei *PPN*-Dokumente (von 1977, 1978 und 1980) befassen sich ausführlich mit dem polnisch-deutschen Verhältnis. Die *PPN*-Vertreter wagten sich als erste unter den antikommunistischen Oppositionellen an das schwierige Problem der Teilung Deutschlands. Wie auch die kommunistischen Machthaber forderten sie zwar die uneingeschränkte Anerkennung der Westgrenze Polens, konnten aber in der Teilung Deutschlands keine "Garantie" für die Souveränität Polens erkennen. Die Teilung Deutschlands beschrieben sie als "unnatürlich". In einer möglichen Vereinigung der deutschen Staaten und dem damit zusammenhängenden Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa erkannten sie eine Vorbedingung für die uneingeschränkte Souveränität Polens.

Die Frage nach der Zukunft Deutschlands sahen sie gekoppelt an die Zukunft des eigenen Staates. In diesen Überlegungen lassen sich bereits deutliche Ansätze der These von der "deutsch-polnischen Schicksals- beziehungsweise Interessensgemeinschaft" erkennen. Die *PPN*-Autoren waren auch Verfechter des europäischen Gedankens und setzten sich für die Vertiefung der EG ein. Nur in einer Verankerung eines vereinten Deutschlands in einer Europäischen Gemeinschaft sahen sie die günstigste Bedingung für die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen. Damit zusammengehend formulierten sie den damals utopischen Wunsch nach einer EG-Mitgliedschaft Polens.

Im Memorandum von 1980 unternahm *PPN* eine erste umfassende Kritik der bundesdeutschen Ostpolitik, die zu sehr auf den Dialog mit Moskau sowie mit den Regierungen der sowjetischen Satellitenstaaten setzte:

Diese Politik, so die *PPN*-Autoren, sei vollkommen falsch, denn "das Kräfteverhältnis in der Welt ändert sich ständig und niemand ist in der Lage verauszusagen, wie lange noch die sowjetische Herrschaft in Osteuropa andauern wird. Eines Tages wird sie beendet sein und dann wird es nicht genügen, mit den Russen über die polnische Frage zu sprechen - dann wird man sich mit den Polen und den anderen europäischen Völkern an einen gemeinsamen Tisch setzen müssen." (*Kontinent - Forum für Ost-West-Fragen*, 1980: 171)

Den Kern des *PPN* bildeten Persönlichkeiten, die nicht nur im Untergrund sondern auch in der Zeit nach 1989 eine wichtige politische Rolle spielen sollten. Neben Najder, dem späteren Chef der polnischen Sektion von *Radio Free Europe* in den achtziger Jahren, zählte der Rechtsanwalt Jan Olszewski, der dritte Regierungschef des demokratischen Polens, zu den Mitbegründern des *PPN*. Najder sollte in der Olszewski-Regierung die Funktion des Chefberaters übernehmen. Aus heutiger Sicht ist der Zusammenhang zwischen den deutschlandpolitischen Dokumenten der *PPN* und diesen Namen bemerkenswert, denn Najder und Olszewski zählten nach 1989 zum national-konservativen politischen Lager. Das zeigt, daß die antikommunistische Opposition nicht nur von Liberal-Konservativen, wie den *Znak*-Vertretern, oder Linksliberalen wie Michnik und Kuron sondern auch von National-Konservativen getragen wurde. Dieses breite Bündnis suchte in der Opposition einen programmatischen Konsens auch in außenpolitischen Fragen. Obwohl dieses antikommunistische Bündnis nach der Wende von 1989 zerbrach, sind bis heute in der außenpolitischen Programmatik viele Überschneidungen erkennbar.

An der Ausarbeitung der *PPN*-Texte waren u.a. Wladyslaw Bartoszewski, der Literaturwissenschaftler und spätere *Solidarnosc*-Senator Jan Jozef Lipski, Tadeusz Mazowiecki sowie

der besonders in Deutschland geschätzte Schriftsteller Andrzej Szczypiorski beteiligt. Die Autoren der *PPN*-Memoranden wirkten nicht nur innerhalb der *Klubs der Katholischen Intelligenz* sondern vor allem in der wichtigsten oppositionellen Organisation der siebziger Jahre, dem *KOR*, dem *Komitee zur Verteidigung der Arbeiter* (Hirsch 1985, S. 44-55). Ursprünglich war das Komitee nur als Hilfsinitiative für nach 1976 unter Repressionen stehende Arbeiter gegründet worden. Später wurde es zum *Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung*. Überall im Lande wurden Ableger gegründet, die sich für die Einhaltung von Menschenrechten durch Einreichung von öffentlichen Klagen und Petitionen sowie für die Herausgabe von unzensurierten Publikationen einsetzten. Eine neue gesellschaftliche Atmosphäre kam in Polen auf, die die Grundlage für die Gründung der *Solidarnosc* schuf. Zahlreiche *Znak*-, *KOR*- und *PPN*-Mitglieder sind ab 1980 als Berater der *Freien Gewerkschaft Solidarnosc* auch einer breiten internationalen Öffentlichkeit bekannt geworden.

Ein besonderer Meilenstein in der polnischen Debatte über Deutschland ist der Anfang der achtziger Jahre von *KOR*- und *PPN*-Aktivisten Jan Jozef Lipski verfaßte Essay "Zwei Vaterländer-zwei Patriotismen", in dem er sich mit dem polnischen Nationalismus und seinen antideutschen Mythen kritisch auseinandersetzte. Lipski distanzierte sich von der antideutschen Propaganda der kommunistischen Machthaber und prangerte die Vertreibung der Deutschen als Unrecht an. Zugleich befürwortete er die Wahrung und Pflege des deutschen Kulturerbes in den ehemals deutschen Ostprovinzen (Lipski, 1996: 185-228).

Mit der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurden die demokratische Opposition erneut in die Illegalität getrieben. Damals bot die Kirche dem gesamten politischen Spektrum der Opposition ihren Schutz an. Im Zusammenhang mit Überlegungen über eine neue polnische Deutschlandpolitik sind zwei Initiativen zu nennen, die *Dziekania*-Gruppe sowie die Seminare *Polen in Europa*.

Stanislaw Stomma leitete bis 1989 die *Politische Sektion* des *Gesellschaftlichen Rates beim Primas*, die sich in kirchlichen Räumlichkeiten in der Warschauer *Dziekania*-Straße traf, woraus sich später der Name dieser Gruppe entwickelte. Bei der *Dziekania* handelte es sich um ein Forum, das Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Strömungen versammelte und das sich auch als Kaderschmiede der Opposition verstand. Innerhalb dieses Forums wurden auch deutschlandpolitische Themen diskutiert. Prägend für diese Diskussion sollten die Stimmen von zwei Deutschlandexperten sein, die des späteren Außenministers Krzysztof Skubiszewski und die von Janusz Reiter, nach 1989 dem Botschafter Polens in Bonn. (Pailer, 1995: 144f)

Fragen der internationalen Politik wurden von 1986 auch in der Warschauer Dreifaltigkeitskirche erörtert, wo Intellektuelle unterschiedlicher Strömungen sich alle zwei Wochen zur Seminarreihe *Polen in Europa* zusammentrafen. Teilweise diskutierten hier die gleichen Persönlichkeiten wie in der *Dziewania*. Besonders aktiv innerhalb des Seminars *Polen in Europa* waren der heutige polnische Außenminister Bronislaw Geremek und der außenpolitische Vordenker der Opposition, Artur Hajnicz. Eine zentrale Position nahm auch in diesen Diskussionen die Frage einer möglichen deutschen Wiedervereinigung ein, zu der die polnisch demokratische Opposition bereits vor dem Mauerfall eine positive Einstellung entwickelt hatte:

„Das Problem der Vereinigung Deutschlands war besonders wichtig für das neue Konzept der Außenpolitik, das sich in den oppositionellen Kreisen Mitte der 80er Jahre herausbildete. Hier muß noch einmal in aller Deutlichkeit an den Umstand erinnert werden, daß die Spaltung Deutschlands im Bewußtsein eines großen Teils der polnischen Bevölkerung als unanfechtbares Prinzip, als Grundlage der polnischen Staatsraison und sogar der Existenz des Staates galt. Die Lossagung von diesem Dogma wurde gerade in dieser dramatischen Situation möglich, die nach der Einführung des Kriegszustandes in Polen entstanden war, als viele Anschauungen gründlich und entschlossen revidiert werden mußten. Die polnische Opposition versuchte, den Begriff der polnischen Staatsraison neu zu definieren, und sah in der Vereinigung Deutschlands nicht eine Bedrohung, sondern eine Chance, die sowjetische Satellitenbahn zu verlassen.“ (Hajnicz, 1995: 40)

3.2. Das Verhältnis der demokratischen Opposition in der DDR zu Polen

Durch die Schließung der deutsch-polnischen Grenze für den visafreien Verkehr durch die DDR im Oktober 1980 wurde die Entwicklung eines dichten Kontaktnetzes zwischen den demokratischen Oppositionsgruppen in beiden Ländern bis zum Mauerfall fast unmöglich gemacht. Die polnische Opposition konnte aber Dank der wachsenden Liberalisierung des Reiseverkehrs vergleichsweise intensivere Kontakte in die Bundesrepublik entwickeln. Diese Westlastigkeit der polnisch-deutschen Kontakte scheint bis heute ein Kennzeichen des bilateralen Dialogs zu sein. Dennoch stellen die Kontakte der polnischen Opposition zu Gleichgesinnten in der DDR ein wichtiges Kapitel in der deutsch-polnischen Geschichte dar. Auch in diesem Falle ist es unmöglich, die Aktivitäten von *Aktion Sühnezeichen* und der *Polenseminare* von Günter Särchen zu umgehen. Für die Schlüsselpersonen der inoffiziellen polnisch-ostdeutschen Kooperation waren die Seminare und Aktivitäten der *Aktion* ein prägendes Er-

lebnis. Zu nennen sind hier vor allem der Mitbegründer des *Demokratischen Aufbruchs* und spätere *Bündnis90*-Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß sowie der Berliner Mathematiker und Oppositionelle Ludwig Mehlhorn. Zu diesem Kreis ist auch der Menschenrechtler Wolfgang Templin zu zählen. Mehlhorn und Templin erlernten die polnische Sprache und knüpften seit Mitte der siebziger Jahre intensive Kontakte zum polnischen Untergrund, vor allem zum *KOR*, sowie zu den *Klubs der Katholischen Intelligenz*.

Anfang der achtziger Jahre wurden ihre Reisemöglichkeiten vollkommen eingeschränkt, dennoch wirkten sie als wichtige Multiplikatoren der polnischen Oppositionsidee in der DDR weiter. Einen Rahmen dafür bot ihnen die *Aktion Sühnezeichen*. 1985 gründete Mehlhorn in Berlin einen Ableger des *Anna-Morawska-Seminars* und wirkte mit seinen Veranstaltungen sowie Übersetzungen aus dem Polnischen prägend auf die Ostberliner Opposition. Die Polen-Affinität der DDR-Oppositionellen schien jedoch im Widerspruch zu stehen zu den tief sitzenden antipolnischen Stereotypen der durchschnittlichen DDR-Bürger, Stereotypen, die von den Machthabern bewußt propagandistisch im Kampf gegen die *Solidarnosc*-Einflüsse eingesetzt wurden:

„Insgesamt war die Opposition in der DDR die einzige Gruppe, die sich mit der polnischen Opposition identifizierte und durch die Ereignisse im Nachbarland motiviert und inspiriert war. Bis zum Ende der DDR wurden die Ereignisse in Polen im Samisdat häufig dokumentiert und kommentiert. Strukturell gab es auch Ähnlichkeiten, da in beiden Ländern die Kirchen als Schutzraum dienten, wenn sich auch der offizielle ostdeutsche Protestantismus stärker verweigerte und die katholische Kirche als Träger oppositioneller Aktivitäten völlig ausfiel. (...) Die mangelnde Breitenwirkung der DDR-Opposition in der Polenfrage war nicht nur Folge der gezielten Unterdrückung und Verhinderungsstrategien der Sicherheitsorgane, sondern resultierte vor allem aus der geistigen Blockade der unaufgeklärten ostdeutschen Bevölkerung, deren Vorurteile verhinderten, in der polnischen Freiheitsbewegung eine Entlastung für die eigene Situation zu erkennen.“ (Neubert, 1997: 388)

Mit dem Fall der Mauer bot sich die Chance, die Kontakte zwischen den Gruppen zu aktivieren. Auf Initiative Mehlhorns wurde im Januar 1990 sogar eine gemeinsame Erklärung von ehemaligen Oppositionellen veröffentlicht, die eine kritische Bilanz der Beziehungen zwischen der DDR und Polen zog und sich für einen Neuaufbau der bilateralen Beziehungen aussprach. Die Unterschriften verdeutlichen, daß viele prominente Persönlichkeiten der Wende zum Umkreis des Berliner *Anna-Morawska-Seminars* zu zählen sind, so z.B. Bärbel Boh-

ley, Stephan Hilsberg, Jens Reich, Wolfgang Ullman sowie neben Mehlhorn die bereits erwähnten Wolfgang Templin und Konrad Weiß.

Einige der Unterzeichner konnten als Volkskammermitglieder in der kurzen Phase nach den ersten demokratischen Wahlen vom März 1990 Einfluß auf die Polenpolitik der DDR ausüben. Zu den positiven Höhepunkt der Arbeit der DDR-Volkskammer nach der Wende zählt die gemeinsame Erklärung der Fraktionen vom 12. April 1990, in der die Unverletzbarkeit der polnischen Grenzen bestätigt wurde und jegliche Gebietsansprüche seitens Ostdeutschlands in Zukunft ausgeschlossen wurden (Ludwig, 1990, 234). Diese Erklärung ist insofern bemerkenswert als die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt klare Äußerungen zu dieser Frage vermied und mit ihrem Schweigen das Verhältnis zum polnischen Nachbarn belastete.

Ein Aspekt des Verhältnisses der DDR-Oppositionellen zu Polen sollte noch Erwähnung finden: Rückblickend warf der Mitbegründer der ostdeutschen Sozialdemokratie und ehemalige DDR-Außenminister, Markus Meckel, vor, den wichtigsten Multiplikatoren der DDR-Opposition, Templin und Mehlhorn, daß sie die Vorstellungen der polnischen Opposition zu deutschen Frage den Ostdeutschen nicht vermittelt hätten. Gerade mit Blick auf die Ängste der polnischen Nachbarn sei innerhalb der DDR-Opposition die Vereinigungsfrage vorsichtig - oder als ein Tabu gar nicht - erörtert worden, weil sie annahmen, daß die Teilung Deutschlands von allen polnischen Bürgern, auch den kommunistuskritischen Intellektuellen, als Sicherheitsgarantie aufgefaßt worden sei. Die genauere Kenntnis der komplexen deutschlandpolitischen Vorstellungen der polnischen Opposition, die sich der Möglichkeit der Vereinigung der deutschen Staaten nicht grundsätzlich verschloß, hätte die DDR-Opposition dahingehend beeinflußt, die Vereinigungsfrage bereits vor dem Herbst 1989 offener zu diskutieren (Hintergrundgespräch des Autors mit Markus Meckel am 5. April 1998).

4. Die polnische Emigration - Der Beitrag der Pariser *Kultura*

Die polnische Emigration wird in den meisten Darstellungen der Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit vernachlässigt. Dies hängt sicherlich damit zusammen, daß die polnische Emigration über keine besonderen Kontakte zu Parteien und politisch einflußreichen Institutionen in der Bundesrepublik oder zur DDR-Opposition verfügte. Ihr Einfluß auf die konzeptionelle Entwicklung einer neuen Deutschlandpolitik durch die katholische Intelligenz und demokratische Opposition war jedoch entscheidend. Eine Schlüsselrolle nahm in

diesem Zusammenhang die seit 1947 bei Paris erscheinende Monatszeitschrift *Kultura* ein. Fast alle in dieser Arbeit vorgestellten polnischen oppositionellen Gruppen pflegten seit Mitte der fünfziger Jahren enge Kontakte zur *Kultura*-Redaktion¹². Viel wichtiger ist jedoch, daß in dieser Zeitschrift der Grundstein für eine neue polnische Politik gegenüber den westlichen und östlichen Nachbarn gelegt wurde. Besonders die Lektüre der PPN-Memoranden macht die Inspiration der Opposition durch die *Kultura* deutlich. Die polnischen Oppositionellen verband mit der *Kultura*-Redaktion das Bewußtsein der bevorstehenden tiefen Krise des Sowjetblocks. Konsequenterweise sahen sie die Notwendigkeit der Entwicklung eines „realistischen“ außenpolitischen Programms für die Zukunft (Szaruga, 1995).

Die Lektüre der fünfzig Jahrgänge der Pariser *Kultura* ist tatsächlich eine „Lektion in Sachen politischer Realismus“ (Szaruga, 1995: 65). Eine herausragende Bedeutung haben dabei die politischen Aufsätze des 1976 verstorbenen Publizisten Juliusz Mieroszewski. Mit dem Begriff des politischen Realismus ist ein politisches Denken gemeint, das auf dem aufmerksamen, gelassenen Analysieren der Realität basiert und jegliche Ideologien zurückweist. Eine politische Realität Nachkriegseuropas war die Westverschiebung Polens, der Verlust der ehemaligen polnischen Ostgebiete. Die *Kultura* widersetzte sich vehement der Propaganda der Kommunisten aber auch der antikommunistischen Nationalisten, wonach diese die Besetzung ehemals deutscher Gebiete als Rückkehr auf "urpolnische Gebiete" beschrieben. Die *Kultura* kritisierte die brutale Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung, sah aber keine realistische Alternative zur Akzeptanz der Grenze entlang der Oder und Neiße, womit auch sie sich deutschen Versuchen der Grenzrevision widersetzte.

Mut bewiesen Giedroyc und Mieroszewski, als sie zu Beginn der fünfziger Jahre die Akzeptanz der neuen polnischen Ostgrenze propagierten. Mit dieser Haltung riskierte Giedroyc den Verlust vieler Leser und Mitarbeiter, die aus den nord- und südöstlichen Grenzregionen des Vorkriegspolens stammten. In der Teilung Deutschlands und der Einverleibung Litauens, Weißrußland und der Ukraine in die Sowjetunion erkannte die *Kultura* ein wichtiges Element

¹² Bis heute pflegt die *Kultura* enge Verbindungen zu den katholischen Intellektuellen, so zum Beispiel zum Vorsitzenden des Auswärtige Ausschusses im Senat Wladyslaw Bartoszewski. Der langjährige Sejm-Abgeordnete der *Znak*-Gruppe, Stefan Kisielewski, veröffentlichte über viele Jahre unter Pseudonym in der *Kultura*. Unterstützung fanden auch die PPN-Memoranden, die teilweise von der *Kultura* veröffentlicht wurden. Einer der Mitbegründer der PPN, Zdzislaw Najder, war in den siebziger und achtziger Jahren führender Publizist der Pariser Exilzeitschrift. Enge Bindungen bestanden auch zum KOR-Millieu, hier vor allem zu Adam Michnik. Jan Jozef Lipskis berühmter Essay „Zwei Vaterländer-Zwei Patriotismen“ erschien ebenfalls in der *Kultura*. Ein anderer bedeutender Publizist der *Kultura* in den achtziger Jahren, der Architekt Czeslaw Bielecki, ist heute als konservativer Politiker Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Sejm. Somit nehmen zwei Mitarbeiter der Pariser Exilzeitschrift heute außenpolitische Schlüsselpositionen im polnischen Parlament ein.

der sowjetischen Hegemonialpolitik in Mitteleuropa. Nach Ansicht Mieroszewskis war Polens Souveränität an die Vereinigung Deutschlands und der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarstaaten gekoppelt. Litauen, Weißrußland und die Ukraine sollten dabei in den Grenzen der Sowjetrepubliken - mit Lemberg und Wilna - wiederentstehen. Mieroszewski forderte auch eine polnische Ostpolitik, die sich von den hegemonialen Ambitionen gegenüber den östlichen Nachbarn verabschieden sollte. Seiner Ansicht nach hätte jede Form der Schwächung Litauens, Weißrußlands und der Ukraine Rußland das Tor zu Mitteleuropa und somit zu einer imperialen Europapolitik eröffnet.

Im Zusammenhang mit der deutschen Frage warnte Mieroszewski schon in den sechziger Jahren in der „Kultura“ vor einem europäischen Isolationismus:

"Die ideale Lösung des europäischen Problems wäre es, die Vereinigung Deutschlands (ohne die es kein vereinigtes Europa geben kann) herbeizuführen und gleichzeitig die Amerikaner als Verbündete und Kontrolleure des vereinigten Deutschlands auf dem Kontinent zu halten. Die Alternative wäre ein rein europäisches Europa, was in der Praxis eine russisch-deutsche Verständigung mit all ihren Konsequenzen bedeuten müßte." (Mieroszewski, 1967: 132)

Den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa erwartete die *Kultura* nicht etwa auf dem Wege des bewaffneten Konflikts zwischen Ost und West sondern eines neuen Völkerfrühlings in Mittel- und Osteuropa. Den Schlüssel zum Zusammenbruch für den Kommunismus erkannten Giedroyc und Mieroszewski in den ungelösten nationalen Fragen innerhalb der Sowjetunion. Daher unterstützte Giedroyc neben sowjetischen Dissidenten und Oppositionellen die Nationalbewegungen in den einzelnen Sowjetrepubliken.

Besonders die politischen Aussagen Giedroycs und Mieroszewskis in den sechziger und siebziger Jahren beeindruckten durch ihre Weitsichtigkeit. Durch den engen Kontakt zur Heimat erkannten sie früh die sozialen Spannungen in der Volksrepublik, die zu 1970 und 1976 zu blutigen Arbeiterprotesten führten. Jedoch warnten sie damals vor der Wirkungslosigkeit von Arbeiterprotesten ohne intellektuelle Unterstützung und umgekehrt vor Protestbewegungen von Intellektuellen ohne Unterstützung durch die Arbeiter. Eben dieses von Giedroyc geforderte Bündnis von Arbeitern und Intellektuellen, aus dem wenige Jahre später die *Freie*

Gewerkschaft Solidarnosc entstand, zeigte im Kampf gegen den Kommunismus die größte politische Wirkung.¹³

¹³ Nicht immer war das politische Denken der *Kultura* frei von Irrtümern. Als falsch erwiesen sich die Hoffnungen auf weitreichende Demokratisierung Polens nach der Machtübernahme durch Gomułka 1956. Giedroyc und Mieroszewski glaubten, die Kommunisten seien zu weitreichenden Einschränkungen ihrer Macht und zu konsequenten Reformen im Staats- und Wirtschaftssystem fähig.

5. Ausblick

Ein Merkmal des deutsch-polnischen Verhältnisses ist nicht nur das von den politischen Eliten artikulierte Bewußtsein der gemeinsamen „Interessensgemeinschaft“. Von dem Verhältnis Deutschlands zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten unterscheidet es sich durch die Qualität der nichtstaatlichen Kontakte vor 1990. Dieses wird deutlich, wenn ein Vergleich zu den deutsch-tschechischen Beziehungen gezogen wird. Interessanterweise hat der Prager Publizist Petr Prihoda im Zusammenhang mit den problematischen deutsch-tschechischen Versuchen der Vergangenheitsbewältigung in den letzten Jahren darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu den Tschechen, in Polen bereits früh außerhalb des staatlich kontrollierten Dialogs der Versuch unternommen wurde, die deutsch-polnischen Vergangenheit ideologiefrei darzustellen und sich konsequent mit eigener Schuld gegenüber Deutschen auseinanderzusetzen (Prihoda, 1996). Als herausragendes Ereignis ohne Parallelen in anderen bilateralen Verhältnissen hat Prihoda den Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965 genannt.

Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen kann man demnach Ansätze von einer „Vergesellschaftung der Außenpolitik“ vor 1990, noch vor dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und dem Beginn des Systemwechsels in der DDR und Polen, erkennen. Der Begriff der „Vergesellschaftung“ wird in der Politikwissenschaft nur im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen zwischen Demokratien beziehungsweise offenen Gesellschaften gebraucht. Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990 kann nur die Bundesrepublik als Demokratie beziehungsweise offene Gesellschaft charakterisiert werden, die DDR und die Volksrepublik Polen müssen als autoritäre Regime beziehungsweise geschlossene Gesellschaften bezeichnet werden. Diese beiden autoritären Regime haben bis zum Systemwechsel von 1989/1990 konsequent das außenpolitische Monopol der herrschenden Einheitsparteien zu sichern versucht und waren daher an einer Vergesellschaftung beziehungsweise Demokratisierung von bilateralen Beziehungen nicht interessiert. Wie sind aber die Ansätze einer Vergesellschaftung der Außenpolitik vor 1990 zu erklären?

Nach dem Scheitern des totalitären Herrschaftsmodells im Sowjetblock 1956 versuchten die polnischen Kommunisten durch eine Öffnung der Gesellschaft, durch Liberalisierungsmaßnahmen die Stabilisierung ihres autoritären Herrschaftssystems zu erreichen. Politisch erhofften sie sich dabei die Unterstützung von breiteren Gesellschaftsgruppen sowie die Verbesserung der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Die diktatorische Monopolstellung der pro-

sowjetischen Einheitspartei im Staat und in der Gesellschaft durfte dabei nicht in Frage gestellt werden. Dieser Prozeß lief in Polen von 1956 bis 1989 ab und hat - trotz Phasen von gewaltsamen Versuchen der Einschränkung der gesellschaftlichen Freiräume wie nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 - kontinuierlich zur Öffnung der polnischen Gesellschaft geführt.

Die Bedingungen für die Entwicklung für polnisch-bundesrepublikanischen Kontakte außerhalb der Regierungsrahmens waren günstiger als im Verhältnis Bonns zu anderen Sowjetblockstaaten. Die kommunistischen Eliten Polens haben eine Veränderung des status quo im Nachkriegseuropa zwar nicht angestrebt, jedoch mit ihrer Politik des Dialogs mit Bonn, durch ihre im Vergleich zu anderen Staaten des Ostblocks liberale Handhabung des Reiseverkehrs, durch die Unterstützung kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, viel zur Veränderung der Perzeption der Bundesrepublik sowie zur Entstehung von Freiräumen in den bilateralen Kontakten beigetragen. Die Wende im Verhältnis der Volksrepublik Polen zu der Bundesrepublik hängt entscheidend damit zusammen, daß Warschau aber auch Moskau in Bonn einen wichtigen Wirtschaftspartner entdeckten. Das Jaruzelski-Regime wiederum mußte nach der Verhängung des Kriegsrechts die Erfahrung machen, daß die Einschränkung der Freiräume verheerende Folgen für die ökonomische Situation hatte. Das Regime war Mitte der achtziger Jahre zu einem Umbau des maroden Wirtschaftssystems gezwungen und mußte erkennen, daß die ökonomischen Reformen von gesellschaftlichen Freigesetzungen nicht abgekoppelt werden konnten. Dieses führte erneute zur Liberalisierung, die sich unter anderem in größerem Reiseverkehr sowie in der die Lockerung der Zensurmaßnahmen Ende der achtziger Jahre äußerte. Dabei konnte die Entideologisierung des wissenschaftlichen Diskurses, des Journalismus sowie der politischen und historischen Publizistik fortschreiten, was sich auch auf die Rezeption der beiden deutschen Staaten sowie der deutsch-polnischen Beziehungen auswirkte. Diese Freiräume wurden natürlich von den antikommunistischen Kräften genutzt, um eigene Kontakte zu den deutschen Staaten zu knüpfen. Die Öffnung der polnischen Gesellschaft und die damit zusammenhängende Vergesellschaftung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau stellte somit immer mehr die durch die Sowjetführung vorgegebene deutschlandpolitischen Doktrin in Frage.

Die polnisch-bundesrepublikanischen Beziehungen außerhalb der Regierungsebene wiesen bereits vor 1990 folgende Elemente der Vergesellschaftung auf, die bislang nur im Zusammenhang mit bilateralen Beziehungen zwischen Demokratien aufgeführt wurden (Kaiser/Mildenberger, 1998: 214; Heintzen, 1989: 15-22)):

1. Es existierte ein Kooperationsnetz zwischen Eliten, über das Informationen und Meinungen ausgetauscht oder persönliche Kontakte geknüpft werden konnten.
2. Über dieses gewachsene Kooperationsnetz konnten wichtige Informationen und Erkenntnisse über relevante neue Entwicklungen, Herausforderungen und gegebenenfalls über Gefahren in die politischen Prozesse beider Länder eingebracht werden.
3. Dieses Kontaktnetz konnte auch bei der gesellschaftlichen Unterfütterung von veränderten außenpolitischen Prioritäten wirksam werden. Das nichtstaatliche Kontaktnetz verband Personengruppen mit ähnlichen Zielsetzungen, die sie gemeinsam in ihren Gesellschaften durchzusetzen versuchten.

Wesentlich anders entwickelte sich das Verhältnis zwischen Polen und der DDR. Mit der Öffnung der Grenzen in den siebziger Jahren konnten sich Ansätze eines Kooperationsnetzes nichtstaatlicher Akteure herausbilden. Durch die Schließung der DDR Grenze zu Polen wurden diese Vergesellschaftungstendenzen der Außenpolitik unterbunden, die Kooperation zwischen nichtstaatlichen Akteuren war kaum möglich. SED-kritischen, an Polen interessierten Eliten blieb nur noch die Möglichkeit, in die wenigen sich bietenden Freiräume innerhalb der Kirchen, in denen ein ideologiefreies Nachdenken über die politischen Entwicklungen im Nachbarland und über die deutsch-polnischen Beziehungen möglich waren, zurückzuziehen.

Die Herausbildung von Ansätzen einer Vergesellschaftung der bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau bereits vor dem Zusammenbruch des Sowjetblocks schaffte eine günstige Ausgangsbasis für den 1990 einsetzenden Integrationsprozeß zwischen den beiden Staaten. Zwar war zu Beginn des Transformationsprozesses in Polen die Kompatibilität der beiden Wirtschaftssysteme und die ökonomische Verflechtung noch kaum gegeben, dennoch war ein wichtiges Element des beginnenden Integrationsprozesses bereits erkennbar: Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems kam in Polen eine politische Elite an die Macht, die in den vorhergehenden Jahrzehnten an der Herausarbeitung einer kollektiven Identität auf der Basis von Wertekomplementarität zwischen Deutschen und Polen wesentlichen Anteil hatte. Durch die Herausbildung dieser kollektiven Identität zwischen den politischen Akteuren, aber auch Teilen der Gesellschaft, konnte nach 1990 ein Integrationsprozeß einsetzen, der sich die Reduktion der Distanz zwischen der Gesamtbevölkerung beider Staaten zum Ziel setzte (Eberwein, 1998: 26f)¹⁴.

¹⁴ Die Überlegungen basieren auf der folgenden von Wolf-Dieter Eberwein entwickelten Definition des Integrationsbegriffs: „1.) Integration entspricht der Reduzierung der Distanz zwischen zwei oder mehreren Gemeinschaften, der Gesamtbevölkerung zweier oder mehrerer Staaten. 2.) Die Reduzierung der Distanz

besteht in der Herausbildung komplementäre Interessen und Werte der kollektiven Akteure einer Gesellschaft, der staatlichen wie der nichtstaatlichen, und der Kommunikation und Transaktionen zwischen ihnen.
3.) Die Reduzierung der Distanz von zwei oder mehreren Gemeinschaften erfolgt in dem Maße, wie ein „Wir-Gefühl“ entsteht, sich also eine kollektive Identität auf der Basis von Wertekomplementarität herausbildet.“ (Eberwein, 1998: 26f)

6. Literatur

- Bakinowski, Stefan (1994); Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland; in: Sonderausgabe der Zeitschrift *Wież*; Polen und Deutsche: Ein Beitrag zur Geschichte des Dialogs; deutschsprachige Sonderausgabe, Warschau, S. 31-34.
- Bartoszewski, Wladyslaw (1986); *Aus der Geschichte lernen?*; München: DTV.
- Bingen, Dieter (1998); *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991*; Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Fehr, Helmut (1998); *Von der „Solidarität“ zum Kampf um die Macht. Elitenbildung und Intelligenz in Polen*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B8/98, 13. Februar 1998, S.10-20.
- Friszke, Andrzej (1994); *Opozycja polityczna w PRL 1945-1980 (Politische Opposition in der Volksrepublik Polen 1945-1980)*, London: Aneks.
- Friszke, Andrzej (1997), *Oaza na Kopernika. Klub Inteligencji Katolickiej 1956-1989 (Oase an der Copernicus Straße. Der Klub der Katholischen Intelligenz 1956-1989)*, Warschau: Biblioteka Wiezi.
- Garsztecki, Stefan (1997); *Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970-1989*; Marburg: Verlag Herder-Institut.
- Hajnicz, Artur (1995); *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992*; Paderborn: Schöningh Verlag.
- Heintzen, Markus (1989); *Private Außenpolitik. Eine Typologie der grenzüberschreitenden Aktivitäten gesellschaftlicher Kräfte und ihres Verhältnisses zur staatlichen Außenpolitik*, Baden-Baden: Nomos Verlagsanstalt.
- Heller, Edith (1992); *Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965*, Köln: Ost-West-Verlag.
- Hild, Helmut (1993); *Was hat die Denkschrift des EKD bewirkt?*; in: Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried (Hrsg) (1993); *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*; Bonn: Bouvier Verlag.
- Hirsch, Helga (1985); *Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976-1980*, München: Chr. Kaiser Verlag.
- Hirsch, Helga (1987); *Das Deutschlandbild in der unabhängigen Presse Polens*; in: *Osteuropa*, Nr. 9, September 1987, S.A 475-491.
- Kaiser, Karl/ Mildenberger, Markus (1998), *Gesellschaftliche Mittlerorganisationen*, in: Eberwein, Wolf-Dieter/ Kaiser, Karl (1998), *Deutschlands neue Außenpolitik, Band 4: Institutionen und Ressourcen*, München R. Oldenburg Verlag.
- Kerski, Basil (1998); *Exil freiheitlichen Denkens. Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Pariser Kultura*, in: *Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts*; Nr.9, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- Kubiak, Jacek (1993); *Poglady opozycji demokratycznej na Niemcy (Ansichten der demokratischen Opposition über Deutschland)*; in: Wolff-Poweska, Anna (Hrsg.); *Polacy wobec Niemcow. Z dziejow kultury politycznej Polski 1945-1989 (Polen gegenüber Deutschen. Zur Geschichte der politischen Kultur Polens 1945-1989)*; Posen: Instytut Zachodni.

- Letowski, Maciej (1998); Ruch i kolo poselskie Znak 1957-1976 (Die Znak-Bewegung und -Parlamentsfraktion 1957-1976); Kattowitz: Wydawnictwo Unia.
- Lipski, Jan Jozef (1996); Wir müssen uns alles sagen ... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft.; zweisprachige Ausgabe, Warschau: Deutsch-Polnischer Verlag.
- Ludwig, Michael (1991); Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation; Bonn: Europa Union Verlag.
- Madejczyk, Piotr (1994); Na drodze do pojednania: Wokol oredzia biskupow polskich do biskupow niemieckich z 1965 roku (Auf dem dem Weg zur Versöhnung. Zum Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Amtbrüder von 1965); Warschau: PWN.
- Mehlhorn, Ludwig (1993); Die Polenpolitik der DDR - Zwangsfreundschaft oder Partnerschaft?; in: Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried (Hrsg); Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft; Bonn: Bouvier Verlag.
- Mehlhorn, Ludwig (1996); Die Haltung war wichtig; Interview; in: WIR, Nr.3, April 1996, (VRP-DDR Unabhängige Literatur), S.76-88.
- Micewski, Andrzej (1978), Katholische Gruppierungen in Polen, München: Chr. Kaiser Verlag.
- Miorszewski, Juliusz (1965); Polityczne neurozy (Politische Neurosen), Paris: Instytut Literacki.
- Najder, Zdzislaw (1992); Jaka Polska. Co i komu doradzalem (Welches Polen. Was ich riet, wen ich beriet.), Warschau: Editions Spotkania.
- Neubert, Ehrhart (1997); Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989; Berlin: Ch. Links Verlag.
- Pailer, Wolfgang (1995); Stanislaw Somma. Nestor der deutsch-polnischen Aussöhnung; Bonn: Bouvier Verlag.
- Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried (Hrsg) (1993); Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft; Bonn: Bouvier Verlag.
- Prihoda, Petr (1996); Wenn die Erinnerung die Zukunft blockiert; in: Die Zeit, 10. Mai 1996.
- Pszon, Mieczyslaw (1994); Zurück in die Vergangenheit; in: Przegląd Polityczny, 12. Jahrgang, Nr. 24, (deutschsprachige Sonderausgabe unter dem Titel Polen und Deutsche im neuen Europa), S. 58-66.
- Raina, Peter (1978); Political Opposition in Poland 1954-1977, London: Poet's and Painters' Press.
- Seidler, Manfred (1993); Das Polen-Memorandum des Bensberger Kreises - Wirkung in Deutschland und Polen; in: Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried (Hrsg); Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft; Bonn: Bouvier Verlag.
- Sonderausgabe der Zeitschrift Wiez (1994); Polen und Deutsche: Ein Beitrag zur Geschichte des Dialogs; deutschsprachige Sonderausgabe, Warschau.
- Stehle, Hansjakob (1993); Versuchen wir zu vergessen. Warum deutsche Bischöfe nicht gleich in die Hand der Polen einschlugen; in: Pflüger, Friedbert und Lipscher, Winfried (Hrsg); Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft; Bonn: Bouvier Verlag.
- Szaruga, Leszek (1995); Die Pariser Kultura zur 'deutschen Frage. Eine Lektion in Sachen politischer Realismus.; in: Deutsch-Polnische Ansichten zur Literatur und Kultur. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts, Nr.6/1994, Wiesbaden. Harrassowitz Verlag.

- Wolanski, Marian (1998), U zrodel idei pojednania polsko-niemieckiego. Inicjatywy polskich i niemieckich intelektualistów w latach szescdziesiatych i siedemdziesiatych. (An der Quelle der deutsch-polnischen Versöhnung. Initiativen polnischer und deutscher Intellektueller in den 60er und 70er Jahren, in: Stadtmüller, Elzbieta (Hrsg.); Niemcy: Naród-Panstwo 1961-1996 (Deutschland: Volk-Staat 1961-1996); Lublin: Towrzystwo Naukowe Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego.
- Wolff-Poweska, Anna (1993); Poszukiwanie dróg dialogu. Swieckie elity katolickie wobec Niemiec (Auf der Suche nach Wegen des Dialogs. Katholische Laien und Deutschland, in: Wolff-Poweska, Anna (Hrsg.); Polacy wobec Niemcow. Z dziejow kultury politycznej Polski 1945-1989 (Polen gegenüber Deutschen. Zur Geschichte der politischen Kultur Polens 1945-1989); Posen: Instytut Zachodni.

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301
Wolf-Dieter Eberwein
Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302
Yasemin Topçu
Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303
Wolf-Dieter Eberwein
Umwelt – Sicherheit – Konflikt
Eine theoretische Analyse

P 97 – 304
Peter Brecke
Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301
Wolf-Dieter Eberwein
Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
Disasters and Violence 1946 – 1997. The link between the natural and the social environment

P 98 – 303
Catherine Götze
Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304
Ortwin Renn und Andreas Klinke
Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305
Matthias Ecker
Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“: Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in
den deutsch-polnischen Beziehungen
vor 1990

P 99-302

Yasemin Topçu

Humanitarian NGO-Networks – Identifying
Powerful Political Actors in an
International Policy-Field

Bestellschein

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender:

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB: Please send me the following WZB-Papers:	
Paper-Nr.:	Autor:

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro paper** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von papers **per Telefon oder Fax** an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahmen unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are asked to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

Because of this, it is no longer possible to order papers over the phone or by telefax. Please send your orders only by letter to the WZB-Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

